

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010
– Drucksache 14/7360**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaus-
haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-
haltsjahr 2007
– Beitrag Nr. 27: Staatliche Kunsthalle Baden-Baden**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 14. Dezember 2010 – Drucksache 14/7360 – Kenntnis zu nehmen.

07. 07. 2011

Der Berichterstatter:

Peter Hofelich

Der Vorsitzende:

Guido Wolf

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/7360 in seiner 2. Sitzung am 7. Juli 2011.

Der Berichterstatter trug vor, der Rechnungshof habe bei der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden Defizite in der Haushalts- und Wirtschaftsprüfung festgestellt und gebeten, die aufgezeigten Einsparpotenziale personeller und sachlicher Art zu prüfen.

Darauf hinzuweisen sei, dass die Defizite vor allem während der Amtszeit des früheren Leiters der Kunsthalle aufgetreten seien. Mit dem früheren Leiter der Kunsthalle sei ein Vergleich zur Leistung von Schadensersatz geschlossen worden. Über die Einzelheiten sei Vertraulichkeit vereinbart worden.

Ausgegeben: 22. 07. 2011

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

*Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeich-
net mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.*

Die Betrachtung richte sich nunmehr auf die in der Amtszeit der nachfolgenden Leiter aufgetretenen und angestoßenen Entwicklungen. Hier ergebe sich sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Besucherzahlen als auch hinsichtlich der Entwicklung des Kostendeckungsgrads ein insgesamt positives Bild. Hierzu habe sicherlich auch beigetragen, dass die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden in einen Landesbetrieb umgewandelt worden sei.

Insgesamt sei den Forderungen des Rechnungshofs hinsichtlich der Personalwirtschaft, der Arbeitszeiterfassung und des Liegenschaftsmanagements begegnet worden. Hierdurch hätten deutliche Fortschritte erzielt werden können, die sich auch in verbesserten Zahlen niederschlugen.

Interessieren würde ihn, ob das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft bei der Einrichtung eines Verwaltungsverbands für mehrere Museen vorangekommen sei.

Eine Abgeordnete der Grünen wandte ein, die verbesserte Situation der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden habe nicht grundsätzlich etwas mit deren Überführung in einen Landesbetrieb zu tun. Vielmehr sei die positive Entwicklung darauf zurückzuführen, dass ein Museenverbund mit dem Museum Frieder Burda gegründet worden sei, wodurch sich die Besucherzahl in den letzten sechs bis sieben Jahren von etwa 10.000 auf über 60.000 im Jahr erhöht habe.

Ein Abgeordneter der CDU äußerte, die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden befinde sich insgesamt auf einem guten Weg. Die gute Arbeit der Kunsthallenleiterin, die die Missstände aufgedeckt und beseitigt habe, werde durch ihren neu ins Amt gekommenen Nachfolger konsequent fortgeführt.

Den Rechnungshof bitte er um Stellungnahme, wie dieser den Stand der Umsetzung beurteile und ob er dem Landtag empfehle, einen weiteren Bericht anzufordern.

Ein Vertreter des Rechnungshofs legte dar, die festgestellten Rechtsverstöße bei der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden seien von einem früheren Leiter der Kunsthalle zu verantworten. Die beiden nachfolgenden Leiter hätten mit den Rechtsverstößen nicht im Geringsten zu tun.

Das von der Staatsanwaltschaft gegen den früheren Leiter der Kunsthalle eingeleitete Ermittlungsverfahren sei nach Zahlung der erteilten Geldauflage eingestellt worden. Das Ministerium habe mit dem früheren Leiter einen Vergleich zur Leistung von Schadensersatz abgeschlossen. Insofern sei dieses Thema adäquat zu Ende geführt worden.

Der Rechnungshof sei behilflich gewesen, die Qualität und Struktur der Verwaltung der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden, die deutlich unter dem Standard gelegen hätten, zu verbessern. Mithilfe der neuen Verwaltungsdirektorin seien Fortschritte erzielt und Einsparvorschläge umgesetzt worden, sodass die Verwaltung der Kunsthalle nun im Rahmen ihrer Möglichkeiten als relativ kleine Verwaltungseinheit leistungsfähig sei.

In der kommenden Woche werde der Rechnungshof in einer Pressekonferenz den Vorschlag unterbreiten, die Verwaltungskraft der Landesmuseen durch eine stärkere Zentralisierung zu erhöhen. Während das zuständige Ministerium diesem Vorschlag eher positiv gegenüberstehe, sei der Vorschlag unter den Museen sehr umstritten. Im Herbst werde sich in der Diskussion zu diesem Thema zeigen, wie sich der Landtag hierzu positioniere.

Der Rechnungshof habe in seinem Denkschriftenbeitrag die Frage aufgeworfen, ob die Staatliche Kunsthalle Baden-Baden grundsätzlich in die Museumslandschaft auf Landesebene passe. Diese Einrichtung sei das einzige Landesmuseum, das über keine eigene Sammlung verfüge und als reine Ausstellungsfläche betrieben werde. Vergleichbare Museen in Baden-Württemberg befänden sich in kommunaler oder privater Trägerschaft. Zwar komme die naheliegende Lösung einer Kommunalisierung „mangels Masse“ nicht in Betracht, jedoch wäre durchaus zu überlegen gewesen, ob eine andere Lösung realisierbar gewesen wäre. Der Landtag habe je-

doch diese Empfehlung des Rechnungshofs in der vergangenen Legislaturperiode nicht aufgegriffen.

Lobenswert sei die künstlerische Gestaltung des Museumsrestaurants der Staatlichen Kunsthalle Baden-Baden.

Die bereits zu Wort gekommene Abgeordnete der Grünen merkte an, für eine grundsätzliche Diskussion über die Übertragung von Einrichtungen des Landes an die Stadt Baden-Baden müsste der Landesrechnungshof gebeten werden, eine doppische Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben, unter Einbeziehung der Zerschlagung der BKV Baden-Baden, vorzunehmen.

Ein Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst teilte mit, die Prüfung der Einrichtung eines Verwaltungsverbands für mehrere Museen sei noch nicht sehr weit gediehen. Erste Gespräche hätten stattgefunden. Derzeit werde ermittelt, welche Synergieeffekte durch eine stärkere Kooperation räumlich auseinander liegender Verwaltungen erzielt werden könnten.

Ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen beschloss der Ausschuss, dem Plenum zu empfehlen, von der Mitteilung Drucksache 14/7360 Kenntnis zu nehmen.

20. 07. 2011

Peter Hofelich